

## **Haushaltsrede Rainer Rothfuß, AfD**

19.02.2025

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, werte Stadtratskollegen:

Dank gebührt Kämmerin Birgitt Richter und Team für die erfolgreiche Aufstellung eines zwar schwierigen, aber dennoch ausgeglichenen Haushaltsentwurfs 2025.

Schauen wir aber zunächst einmal zurück: Das Landratsamt hatte den Haushalt 2024 der Stadt Lindau schon mit deutlichen Warnungen genehmigt. Moniert wurde etwa, dass die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt weder im Haushaltsjahr 2024, noch in der damaligen Finanzplanung gewährleistet waren. Die Gesamtverschuldung der Stadt lag Ende 2023 noch bei rund 112 Mio. Euro und Ende 2024 bereits bei knapp 128 Mio. Euro.

Im Haushaltsentwurf 2025 bis zum Jahresende 2025 sind für die Aufnahme neuer Kredite 3,5 Mio. Euro veranschlagt. Auch wenn die Tilgung etwas höher liegt, ist unsere Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons etwas zu euphorisch, wenn sie feststellt: „Dass der Schuldenstand der Stadt Lindau leicht sinkt, ist eine besonders gute Nachricht [...] und wir haben finanziell betrachtet etwas festeren Boden unter den Füßen.“

Schließlich, und das muss ganz klar herausgestellt und festgehalten werden, konnte die Haushaltsplanung der Stadt Lindau langfristig nur gerettet werden, indem auf die jahrelang geplante und dringend notwendige Zukunftsinvestition des Mittelschulneubaus auf der Blauwiese verzichtet wurde. Durch das Einschrumpfen auf den um rund 32 Mio. kostengünstigeren „Plan B“ mit vereinzelten Sanierungs- und begrenzten

Erweiterungsmaßnahmen konnte die Ausgabenplanung auf ein halbwegs darstellbares Maß verringert werden.

Dass für eine genehmigungsfähige Haushaltsplanung 2025 auch die Bürger verstärkt zur Kasse gebeten werden müssen, zeigt die leider notwendige Grundsteuerentscheidung, diese ab dem Jahr 2025 auf etwa 5,8 Mio. Euro jährliche Gesamteinnahmen ansteigen zu lassen. Dafür wurde der bisherige Hebesatz in Höhe von 437 % für die Grundsteuer B leider drastisch auf 530 % angehoben. Durch die Grundsteuerreform trifft dies insbesondere die Eigentümer und Mieter älterer großer Gebäude auf den früher standardmäßig größeren Grundstücken.

Was für die Stadt positiv klingt, ist für die heimischen Bürger und Wirtschaft teilweise aber eine klare Mehrbelastung, wenn die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr durch Steuern und Zuweisungen um 5,4 Mio. Euro und durch Gebühren und Entgelte um 2,4 Mio. Euro ansteigen.

Beim größten Ausgabenposten des Haushaltsplans 2025 warten wir immer noch vergeblich auf die Versprechungen der letzten Jahre, dass zusätzliche Stellen im Bereich Digitalisierung zur Steigerung der Verwaltungseffizienz endlich auch einmal Kosteneinsparungen beim Personal erbringen würden: Aber der größte Posten bei den Ausgaben sind nach wie vor mit Abstand die Personalkosten der Stadtverwaltung mit über 21 Mio. Euro und es ist kein Umkehrtrend absehbar.

„Den letzten beißen die Hunde“ – nach diesem Motto hat der Landkreis Lindau die Kreisumlage drastisch erhöht um 4,75%-Punkte – also um mehr als 10% – von 42,5 auf 47,25%. Die entsprechend in Höhe von fast 2 Mio. Euro anfallenden Mehrkosten reißen zusätzlich ein empfindliches Loch in den städtischen Haushalt.

Wie schwierig das Gestalten in der Stadt Lindau angesichts einer mit rund 5.000 Euro pro Kopf mehr als 3 mal so hohen Pro-Kopf-Verschuldung als im bayerischen Durchschnitt ist, kann man leicht nachvollziehen. Einer viel zu laxen Ausgabenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten ist es geschuldet, dass heute an dringend notwendigen Schulinvestitionen gespart werden muss, weil die Ausgabenparty viel zu lange auf Kosten der zukünftigen Generationen gefeiert wurde. Von daher sind unsere Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons und unsere Kämmerin Birgitt Richter nicht zu beneiden. Statt zu gestalten bewegt sich ihre Hauptaufgabe mittlerweile zwischen Schuldenmanagement und – hoffentlich nicht wirklich – Insolvenzverwaltung.

Was ich für mich als Vertreter im Bundestag als „Hausaufgabe“ mit nach Berlin nehme, ist dass ich immer klare Kante dafür zeigen werde, dass das ständige Übertragen neuer Lasten seitens des Bundes auf die Kommunen klar gekontert werden muss, zumal häufig die entsprechende Finanzausstattung einfach nicht mitgeliefert wird.

Der Haushaltsplan 2025 ist kein Wunschhaushalt, aber er ist zumindest ausgeglichen und der Schuldenberg wird nicht weiter erhöht. Aus diesem Grund kann ich meine Zustimmung als Vertreter der Alternative für Deutschland erteilen.